

Deutsche Gewerbezeitung



Erscheinen:
Wöchentlich 2 Nummern
mit vielen Holz-
schnitten und Figuren-
tafeln.
Preis:
5/2 Halter oder
9 Gulden 20 Kr. rhein.
jährlich.
Bestellungen auf das
Blatt sind in allen Buch-
handlungen und Postämtern
des In- und Auslandes zu
machen.

Beiträge:
an F. G. Wied,
und
Anfertiger:
(zu 1 Kgr. die dreispaltige
Zeile Petit)
sind an die Buchhandlung
von Robert Bamberg
in Leipzig zu richten.
Angemessene Bei-
träge für das Blatt
werden honorirt.

Sächsisches Gewerbeblatt.

Verantwortlicher Redakteur: **Friedrich Georg Wied.**

Inhalt: + Deutsche Handels- und Industriepolitik. — + Referat über Zölle, Handelsverträge und Handelskonsulate. Von Dr. Scharf. IV. Handelsverträge und Handelskonsulate. — + Rübzig scheidende Scherren. (Mit 4 Holzschnitten.) — Dreifache Mittelflecken und Auszüge aus Zeitungen. + Zusammenkunft von Zeugbruderei-Besitzern und Druckern in Leipzig. — Technische Korrespondenz. + Neue Glühbirnenmaschine, von Robert Wähler. — Technische Musterung. + Ein neuer Fall von Interferenz des Lichtes, nach Prof. Powell. (Mit 2 Holzschnitten.) — Allgemeiner Anzeiger.

137te Sitzung der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M.

† Deutsche Handels- und Industriepolitik. (Fortsetzung aus Nr. 7.)

Beilagen.

Entwurf eines Reichsgesetzes,

betreffend die kommerzielle Einheit Deutschlands.

1. Die Einzelstaaten des deutschen Reichs werden zu einem Zoll- und Handelsgebiet vereinigt, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze, mit Wegfall aller Binnenzölle.
2. Die zur Ausführung erforderlichen Reichs- und Schiffahrtsgesetze und Tarife werden der verfassunggebenden Reichsversammlung zur Genehmigung schleunigt vorgelegt.
3. Durch besondere Reichsgesetze sollen die von Reichszweigen zu erhebenden Produktions- und Verbrauchssteuern angeordnet werden. Auf gleiche Weise soll bestimmt werden, welche Gegenstände die Einzelstaaten Produktions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staates oder der einzelnen Gemeinden unterwerfen dürfen, und welche Bedingungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen.
4. Mit Einführung der §. 2 bezeichneten Gesetze hören alle von einzelnen Staaten bisher erhobenen Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle auf. Gleichzeitig hört das Recht der Einzelstaaten auf, Gesetze über Zoll-, Handels- und Schiffahrtsgesetzen zu erlassen.
5. Von Verkündigung dieses Gesetzes an darf kein deutscher Staat die, zwischen ihm und nicht-deutschen Staaten bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge erneuern oder verlängern, noch dergleichen Verträge abschließen.
6. Die Lösung oder Umwandlung der zwischen deutschen und fremden Staaten bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge wird hiermit der provisorischen Zentralgewalt übertragen. Die Genehmigung diesfälliger Uebereinkünfte bleibt der Reichsversammlung vorbehalten.

Motive:

§. 1 und 2 sind lediglich dazu bestimmt, die Ausführung derjenigen Beschlüsse zu bewirken, welche in der Sitzung vom 21. November im Artikel VII. nach dessen erster Lesung gefasst worden sind, und werden demnach hier einer wiederholten Motivierung nicht bedürfen. §. 3 insbesondere enthält die gesetzliche Ermächtigung, welche der Zentralgewalt unzweifelhaft notwendig ist, um die auch von der Majorität des Ausschusses gewünschte sofortige Entwerfung der einschlagenden Gesetze und Tarife zu bewerkstelligen. Es wer-

den in Uebereinstimmung hiermit, was die Vorlage des Reichsgesetzes betrifft, die von dem Ausschusse bereits angestellten umfangreichen schriftlichen Enquêtes in begründetem Rufes des Handelsministeriums zu dem Ende überwiesen werden, um unter Benützung derselben den Entwurf des Tarifes zu bearbeiten und der Nationalversammlung vorzulegen; der Ausschuss, dem dieser Entwurf sodann überwiesen werden dürfte, ist einstimmig der Ansicht gewesen, die Prüfung und Berichterstattung darüber nur nach vorhergegangener mündlicher Enquete, welche er durch Einladung einer entsprechenden Anzahl Sachverständiger vorzunehmen gedenkt, geschehen zu lassen. In §. 3 hat es notwendig geschienen, darüber eine Bestimmung zu treffen, wie es bei Einleitung der Zollunion mit denjenigen Abgaben gehalten werden soll, welche neben dem eigentlichen Aus-, Ein- und Durchfuhrzöllen der einzelnen Zollgebiete früher auf die innere Produktion und den Verbrauch in verschiedener Weise mehr oder weniger bestanden haben. Es ist diese Frage an sich schon deshalb aus dem vorliegenden Gesetze nicht auszusprechen, weil leicht die Befürchtung oder das Misverständnis dar- aus hervorgehen könnte, als ob eine Aufhebung aller dieser Abgaben nach dem Wortlaute des §. 1 „mit Wegfall aller Binnenzölle“ sofort nach Einführung der §. 2 genannten Gesetze ausgesprochen sein solle, was bei der gegenwärtigen Lage der einzelnen Staatsfinanzen mindestens großen Schwierigkeiten begegnen, wo nicht im Augenblicke geradezu unmöglich sein würde. Es werden aber neben diesen, in den einzelnen Staaten bestehenden Abgaben auch ähnliche Steuern für das ganze Reich bestehen, wie z. B. die Steuer von der Fabrikation des Alkohols, welche als theilweise Ausgleichung des Eingangszolls von fremdem Zucker schon jetzt in allen zum deutschen Zollverbande gehörigen Einzelstaaten gleichmäßig erhoben wird. Es ist demnach die endliche Entscheidung über beide Fragen, die der Reichssteuer und der Steuer in Einzelstaaten, in dem vorliegenden Gesetze der späteren Ergänzung durch anderweitige Reichsgesetze ausdrücklich vorbehalten gewesen, wenn der Zweck des Gesetzes, die sofortige Anbahnung der Einheit nach Außen hin, erreicht werden soll. Die Art und Weise, wie dies durch die vorgeschlagene Fassung geschehen soll, findet Unterstützung durch die vollständigen Uebereinkünfte mit denjenigen Staaten, welches die Sachverständigen der Einzelregierungen der Reichsver-

sammlung in diesen Tagen hierüber unterbreitet haben, und wie es die Reichsversammlung in §§. 35 und 37 der Besetzung zum Beschluß erhoben hat. §. 4 enthält die notwendige Konsequenz der in §. 1 und 2 getroffenen Bestimmung, unerwartet der Einführung der Reichsverfassung, mit Begründung der deutschen Zoll- und Handelsvereinigung vorzubereiten. Nach diesem von uns vorgelegten Paragraphen, welcher den Eintritt der neuen Verhältnisse erst von der Einführung des noch zu entwerfenden und von der Nationalversammlung zu genehmigenden Tarifes abhängig macht, begeht es sich von selbst, daß eine sofortige Aenderung in den Zollverhältnissen der Einzelstaaten, nach Erlassung dieses Gesetzes, nicht eintreten kann, doch vielmehr die erforderliche Zeit gegeben ist, um die Vereinigung der verschiedenen Interessen, wie sie bei der Bearbeitung des Tarifes zur Geltung gebracht wurden, so weit thunlich, zu ermitteln; es erschien aber eben so notwendig, eine Bestimmung darüber ausdrücklich zu geben, daß mit Einführung dieser Reichstareife und Besetzung auch die Selbstständigkeit der Einzelstaaten in diesen Beziehungen sofort aufhören müsse, wenn der Zweck des Gesetzes überhaupt erreicht werden soll. §. 5 und 6. Ein Anderes ist es mit dem Verhältnisse der Einzelstaaten, in Betreff der zwischen ihnen und dem Auslande bestehenden Handels- und Schifffahrtsverträge und deren Umwandlung in Reichsverträge. Hier muß in völliger Uebereinstimmung mit der Vorlage des Handelsministers, welche die Lösung und Umwandlung dieser Verträge durch die Centralgewalt als die erste Nothwendigkeit für die Einleitung der kommerziellen Einheit Deutschlands betrachtet, das Verfügungsrecht der Einzelstaaten zugleich mit der Erlassung dieses Gesetzes erlöschen, wenn es dem Ministerium überhaupt möglich sein soll, Dasjenige schon während der Zeit der Vorbereitung mit Sicherheit einzuleiten und vorzuleiten, was überhaupt eingeleitet und vorgekehrt werden muß. Es ist zwar auch ohne diese Bestimmung nicht wol zu befürchten, daß einzelne Staaten, im Angesicht der in diesem Angelegenheit sich bildenden Umgestaltung Deutschlands, so einheitsfeindlich gesinnt sein würden, an ihren bestehenden Verträgen mit anderen Nationen jezt Änderungen vorzunehmen, welche möglicherweise die ganze Vereinigung auf längere Zeit hinauschieben oder geradezu unmöglich machen könnten, das Gesetz selbst aber kann nur das Rechtsverhältnis, nicht aber das Vertrauen zu den Bestimmungen der Einzelstaaten zu Grunde legen, und darum ist die Vorschrift, wie sie §. 5 und 6 enthält, unerlässlich, zumal im Hinblick auf die bis jezt nur sehr unvollständig zur praktischen Ausführung gekommene Bestimmung des Gesetzes vom 28. Juni 1848, wonach die Vertretung Deutschlands nach Außen allerdings ausschließlich zu den Befugnissen der Centralgewalt gehört.

Einen Punkt hob nun hervor, worin die Divergenz der beiden Parteien läge und empfahl die Debatte auf diesen Punkt zu beschränken. Von Reden sprach für die Minderheit, wesentlich in der Absicht, um der Versammlung die Ueberzeugung beizubringen, daß es nöthig sei, sich selbst sicher in die Sache einzulassen, und dazu Enquêtes zu benutzen. Es gab mehrere schätzbare statistische Notizen, und gedachte der sofortigen Aufhebung der noch bestehenden Handelsverträge, wodurch die Einheit behindert werde. Herr von Reden folgte Herr Franke aus Schleswig; derselbe erging sich in einigen Persönlichkeiten gegen Schleswig; er sprach aus, daß er nicht viel Vertrauen zu Enquêtes habe. Herr Franke ist ein Freihändler und meinte die von Norden, von der See, müßten, nicht aus Partikular-Interessen, sondern aus Gründen die in der Natur der Sache liegen, sich für die Handelsfreiheit, folglich gegen Schutzzölle erklären. Wir sind aber der Ansicht, daß Herr Franke schwerlich die sogenannten Gründe welche in der Natur der Sache liegen sollen, vom rein deutschen Gesichtspunkte aufzuheben im Stande sein werde. Wir dächten aber doch, daß Schleswig und Holstein als Ursache hätten, sich dem rein deutschen Interesse anzuschließen, und zum Glück wissen wir doch es das thut trotz der grenzthätigen Versicherung unseres Landmannes; es müßte denn sein, Schleswig-Holstein hätte sich besonnen, und wollte glücklich werden unter dem Dammsteg, beschirmt vom englischen Dreijack. Wederens hätten wir gewünscht, daß Herr Franke sich am Schluß seiner Rede des Gemeinplatzes enthalten hätte; „England, meine Herren! ist nicht durch seine Navigationsakte, sondern trotz seiner Navigationsakte groß und mächtig gewor-

den.“ — Die so sprechen, scheinen nicht die komische Wirkung zu fühlen, die es macht wenn eine Behauptung aufgestellt wird, die in keinem Falle zu beweisen ist, während ihr Gegenstand den Vortheil für sich hat, daß die Erfahrung sich für ihn erklärt hat. Wir bitten Herrn Franke aus Wendenburg, seinen Gesichtskreis etwas zu erweitern. Der nördlichste Norden von Deutschland wird allerdings wol Mähe haben, sich von den Sonderansichten ganz und gar zu befreien, die er leider dem gar zu langen Einfluß baltischer Interessen zu verdanken hat. Aber es wird ihm gelingen! Schreiber dieses, ein geborener Schleswiger, kennt die ächt deutschen Bestimmungen seiner Landestheile recht gut, aber auch ihr Widerstreben gegen einen Zoll, der ihre Existenz möglicher Weise um etwas vertheuern könnte. Die Gewerbthätigkeit liegt dort noch sehr darnieder, der Kleinhandler will Freiheit, ohne Rücksicht auf die dahinter im Lande, und man ist nicht eben sehr willig, anzuerkennen, daß die 30 Millionen im Innern eine größere Berücksichtigung fordern, als die 1 Million Seerawohner, welche ein fruchtbares Land, und die See haben um sich alle Genüsse zu verschaffen, die ein leichter und wohlfeiler Transport herbeiführt. Wenn der der See anliegende Norden sich glücklich fühlt, aus Gründen die in der Natur der Sache liegen, wie Herr Franke sich ausdrückt, so müssen sie bei ihrem Wohlsein ihre deutschen schwerarbeitenden Brüder nicht vergessen, die ihr kümmerliches Dasein nur aufrecht zu erhalten vermögen, wenn man ihrer Arbeit ein starkes Aequivalent gegen die fremdländische gibt. „Kewen und lowen laten“ heißt es auch in Schleswig-Holstein. — Der Handelsminister Duckwig nimmt nun das Wort, und wir können nicht umhin die wesentlichsten Momente aus seiner Rede hervorzuheben. Er beginnt damit, wie es ihm in seiner Stellung notwendig geschrieben habe, schon im September seine Ansichten über die einzuschlagende deutsche Handels- und Industrie-Politik anzufordern, die Versammlung habe ihm damals ihre Erklärung darüber nicht gegeben, und er habe jezt mit Hilfe tüchtiger Männer die betreffenden Theile in Arbeit genommen. Das Bollgesetz sei nun nicht allein fertig, sondern auch die wichtigsten Gesetze, selbst viele Nebengesetze, wie über Contingents- und Entreprésinrichtungen und dergleichen Bedürfnisse im Entwurf, so daß sie von der letzten Zeit bedürften, nachdem Sachverständige ihre Arbeit darüber abgegeben haben werden. Sachverständige, die ich nicht (sagt der Minister) in Nauch und Wegen aus allen Theilen Deutschlands zusammenberufen werde, sondern Einzelne, von denen ich glaube, daß sie vollkommen Urtheils fähig sind über die Frage die ich ihnen vorlegen werde; beim Bollgesetz ist dieser Weg bereits eingeschlagen worden. Der Minister weist dann auf die Ueberbedrückung mit Arbitren im Riffort des Handels-Ministeriums hin, und daß die Arbeit in Bezug auf das Eisenbahn- und Postwesen in keinem Falle im Laufe der nächsten Monate vorgenommen werden könnten; sie hätten auch nicht so gar große Eile etc. und da hat der Herr Minister ganz Recht, denn wir haben und mit den alten Potheinrichtungen Jodendrucke lang bedürfen, sie mögen nun nicht über Eile gebracht, sondern rational und einträglich geordnet werden. Dahin zu gelangen, sind eine große Menge Verhandlungen nöthig, das wird Jeder zugesehen müssen, der, um ein mildes Wort zu brauchen, die Wurzel verschiedener Postmißbräuche in Deutschland kennt. Wenn der Minister ferner behauptet, „daß in Beziehung auf Zollwesen und aufs Prinzip die Schwere der Arbeit, die Säge durch Balken ausgesprochen werden müßten, sonst würden sie unbenutzt, denn nur Bahnen arbeiten.“ muß man ihm ebenfalls zustimmen, ohne aber zugleich der Minorität einen Vorwurf aus ihrer allgemeinen Aussprache in Bezug auf jene Säge, zu machen. Eine Opposition spricht sich inzwischen immer in anderer Weise aus, als eine Regierung, wenn beide auch in ihren Grundfähn einig wären. Wir hoffen, sie wird die Regierung unterstützen, wenn die Vorlagen jenen Grundfähn gemäß sind, wenn auch nicht in einer bestimmt gewünschten Form. Hinsichtlich von dem Herrn von Reden angezogenen Verträge sagt der Minister wörtlich: „Dann hat Herr von Reden eine große Zahl von Verträgen erwähnt, als ebenso vieler Hindernisse, welche einer Zollvereinigung im Wege stehen.“ Ich wiederhole, es sind nicht drei, sondern lediglich vier Verträge vorhanden, die der Zollvereinigung hinderlich sind. Diese sind abgeschlossen zwischen Frankreich und Mecklenburg, zwischen Mecklen-

burg und den Vereinigten Staaten, zwischen den Vereinigten Staaten und Hannover, und zwischen den Vereinigten Staaten und Aidenburg, und zwar abgeschlossen auf zehn oder zwölf Jahre. In demselben Paragraphen aber, wein steht, daß diese Staaten sich verpflichten, den Eingangszoll auf Tabak, Reis &c., nicht zu erhöhen, steht am Schluß: „Es sei denn, daß man zwölf Monate zuvor davon Anzeig macht, in welchem Falle der andere Kontrahent, nämlich Nord-Amerika, nicht gebunden ist, den Vertrag zu halten, während der betreffende deutsche Staat im Uebri-gen verbunden bleibt.“ Man hat jene Zollbegünstigung als ein außerordentliches Zugeständnis nebenbei betrachtet. Es handelt sich hier nur um diese Verträge; alle anderen Verträge, die affiziren die Zollfreiheit, sind bei einem Einfluß auf die Schiff-fahrtgesetzgebung, aber dieser Einfluß ist nicht von der Wichtigkeit, weil ich nicht glaube, daß unsere Schifffahrt eines Schutzzolls be-darf.“ — Wichtig sind des Ministers Äußerungen über die Ge-meinschaft der norddeutschen Staaten, mit dem übrigen Deutschland eine Zollfreiheit zu bilden. Wenn jedoch jene Staaten die Zollfrei-heit abhängig machen wollen von einer durchgehenden Einheit aller deutschen Länder, die österreichischen mit angegeschlossen, dann glauben wir jene Zollfreiheit noch im weiten Felde. Wir meinen, man könnte sich vorläufig mit etwas begnügen, wenn wir nicht mit einem Male Alles erreichen. Unsere Freunde haben ganz Recht, wenn sie behaupten, daß der Zollverein, trotz der deutschen politi-schen Zerstückelung, mehr Gutes bewirkt habe, als die doppelten Eisenbahnen in Deutschland trotz allem guten Willen Böses zu-sagen konnten, denn auch Wales wäre Deutschland ein vermisses Inseln. Nach der Rede des Ministers ergreift **M o r i z** das Wort, und spricht für die Minderheit, im entscheidenden Geist für die Grundzüge der nationalen Handels- und Industrie-Politik. Wir gehen nicht näher auf seine lebendige Erörterung ein, da diese Grundzüge unsem Lesen so geläufig sind, wie uns, und auch Eisenstuck in seiner Schlußrede, die wir folgen lassen, darauf zurückkommt. Bemerken müssen wir aber zu unserm Leid-wesen dem Herrn Sprecher, daß wir von der Nothwendigkeit, die ganzen österreichischen Länder in unserm Zollverbände zu vereinigen, vor der Hand Umgang nehmen, und unsere Anstrengungen ohne Desinteresse zu ordnen suchen müssen. Dieses scheint uns eine prakti-sche und unter den vorliegenden Umständen allein mögliche Poli-tik zu sein. Ist Deutschland ohne Oesterreich in seinen Handels- und Gewerbeverhältnissen besetzt, und vermögen wir in aller Be-ziehung eine kräftige Reichs-Politik durchzuführen, so wird Oester-reich uns nun und nimmer entbehren können, und wir werden in-ig zusammengehören. Aufstärken wollen wir uns aber Oesterreich nicht, und mit Gewalt Oesterreich zu einer politischen und Handels-einheit zu veranlassen, daran werden wir auch wol nicht im Ernste denken. Preußen hat den deutschen Zollverein, wie er jetzt besteht, mit großer Umsicht nach und nach zu Stande gebracht. Es wird auch uns wol gelingen, ihn zu rechter Zeit so weit zu führen, wie es im wahren Interesse von Deutschland liegt. **Eisenstuck** spricht nun zum Schluß für die Minderheit, wie folgt:

Eisenstuck von Chemnitz: Meine Herren! Wenn ich im Monat Mai diese Zeilüne zu befristigen gehabt hätte, um Ihnen einen Antrag zu empfehlen, wie der vorliegende, so würde ich mich des Wortes enthalten haben. In jenen Tagen der frischen Bewe-gung war darüber in keinem Theile des deutschen Vaterlandes irgend ein Zweifel vorhanden, daß die Vereinigung und Sicherstellung der materiellen Interessen das Erste, das Nächste, das sich von selbst Verstandende sein mußte, was aus dieser Versammlung für das deutsche Volk hervorgeht. Es war kein Widerstreit der Meinungen, daß namentlich als Grundlage hierfür die Erhebung Deutschlands in Bezug auf seine Handelseinheit nach Außen der Brennpunkt sei, in dem sich die nationale Größe des Volkes konzentriren müsse. Meine Herren! Damals, wie ich sage, hätte es keiner Worte bedurft, man würde für die Anträge auf sofortige Einführung Des-sen, was wir jetzt wünschen, ohne Diskussion wie ein Mann sich erhoben haben, man würde sie für eine abgemachte Sache gehalten haben. Aber, meine Herren, — mit Schmerzen sei es gesagt — es hat sich seitdem Vieles in Deutschland geändert, die Äußen des Volks sind verwickelt und die Wege der frischen Bewegung, auf denen wir in diesen Saal damals eintraten, sind jetzt vom Winter-

strost überzogen, sie sind unfreundlich, ja sie sind kottig geworden. (Bevoos von der Bank.) Darum muß ich jetzt für diese Sache auftreten, und muß sie Ihnen von meinem Standpunkte, als Referent der Minorität, die Ihnen Anträge gestellt hat, befrurworten. Meine Herren! Es sind drei Fragen vorzüglich gewesen, für welche sich das deutsche Volk am Unvermeidlichsten und am Nach-drücklichsten auf materiellem Grund und Boden erhoben hat. Es sind drei Fragen gewesen, für deren Lösung es tagtäglich an die Thüren dieses Hauses geklopft hat, für deren Lösung es bis in diesen Augenblick unaufhörlich fortfährt, an die Thüren dieses Hauses zu klopfen. Diese Fragen waren: die Frage über die Befreiung des Regulum und Wobens von seinen Lasten; es war die Frage über die Regulierung des Gewerbes, und es war die Frage der kommerziellen Einheit und Konsolidierung des deutschen Bundesstaates. Die letzte dieser Fragen ist es, mit der wir uns in diesem Augenblick zu beschäftigen haben. Meine Herren! Ich habe ein Verzeichniß ausstellen lassen über alles Das, was in dieser Beziehung bis uns eingegeben worden ist. Es sind dem Hause 167 Petitionen vor-gelegt worden, es waren darunter Petitionen von 76 Körperschaften, Gemeinden und größeren Korporationen enthalten, und es sind diese Petitionen bedrft mit 39,228 Unterschriften. Alle diese Eingaben, meine Herren, so verschiedenartig die Wege, die sie vorschlagen, so verschieden auch die Ansichten über die Modalität der Ausführung sein mögen, sind einmüthig über die Nothwendigkeit der Ausfüh-rung der Grundzüge der kommerziellen Einheit und der sofortigen Ausführung dieser Grundzüge. Noch in diesen Tagen häufen sich fortwährend die Eingaben, noch in diesen Tagen sind auch jene Theile des deutschen Vaterlandes, von wo in der letzten Zeit durch eine andere Partei Widerspruch vielfach erhoben worden ist, Petitionen in demselben Sinne eingegangen. Ich will davon nur eine hier besonders erwähnen. Erst gestern ist bei unserm Ausschusse präsent worden eine Petition aus Weidenau, an deren Spitze der Bürgermeister des Orts steht und welche geradezu erklärt, daß die bisherigen Steuerverhältnisse in Weidenau eine reiche Quelle für die großen Grundbesitzer gewesen wären, während sie fast alle anderen Klassen bedrückt hätten. Diese Leute sprechen sich eben so energisch, wie wir uns dies im Ausschusse gewünscht ist, für die Maßregel an sich aus. Meine Herren! Wenn wir uns auf diese Weise die Frage vorlegen, so glaube ich doch daß es unab-weisbar ist sie dahin zu beantworten: der schnellste Weg, der zur Lösung führt, ist der beste, ist der nothwendig. Der Herr Handelsminister hat uns in seiner Vorlage in dieser Beziehung man-cherlei Vorschläge gemacht. Er hat diesem Hause einen Weg vorgezeichnet, auf welchem, nach seiner Ansicht, zu dem gewünschten Ziele zu gelangen sei. Er hat als nothwendig nach der Ansteltung von Konsum. Es hätte dieser Anfrage nach meiner Meinung gar nicht bedurft, da der Handelsminister ohne dies auf Grund des Gesetzes über die provisorische Zentralregelung dazu ermächtigt war, und ich würde es als eine der ersten Verpflichtungen des Handelsministeriums gehalten haben, von dieser Ermächtigung im vollsten Umfange Gebrauch zu machen, und namentlich auch in dieser Richtung das Beste vom 28. Juni (1848) zur vollen Geltung zu bringen. (Bevoos!) Es ist Ihnen ferner vorgeschlagen, daß allerhand Geheße nothwendig seien, um die Sache einzuleiten. Dar-über, meine Herren, sind wir mit der Majorität vollkommen ein-verstanden und sehen keinen Augenblick an, die desselbige Ermäch-tigung auszusprechen, vorbehaltlich der Genehmigung durch diese Versammlung. Es ist ferner bemerkt worden, daß eine von einem Zentralpunkte ausgehende einheitliche Verhandlung über diesen Ge-genstand nothwendig sei, und auch das ist durch die Anträge der Majorität erledigt. Es ist endlich an die Spitze gestellt worden, daß die Umwandlung der Verträge der Einzelstaaten mit fremden Nationen Dozernje sei, womit man eigentlich anfangen müsse, und hier, meine Herren, begehen wir dem Hauptpunkte der Divergenz zwischen unserer Ansicht und der der Majorität. Der Handelsminister hat Ihnen gesagt: es sei nicht nothwendig, jetzt von der Sache mehr zu sprechen, er habe überhaupt beabsichtigt, daß er irgend etwas darüber in die Versammlung gebracht habe; er hat gesagt: da die Sache so lange in dem hohen Hause gelegen, es hätte berathen zu werden, habe mittlerweile alles Das stattgefunden, und sei Alles erledigt worden, was überhaupt erforderlich war, um

die Sache vorwärts zu bringen; man habe ein Zollgesetz ausgearbeitet, man habe Kontractions- und Entreprösogese entworfen, man werde diese der Versammlung vorlegen, es sei die Sache gewissermaßen erledigt. Meine Herren! Das Zollgesetz ist ein höchst einfache Sache, das Zollgesetz das uns vorgelegt werden wird, das wird mehr oder weniger eine Abschrift des preussischen Zollgesetzes sein. Das Gesetz über die Kontractionsfrage, über die Entreprösogese, meine verehrten Herren, sind nachträgliche Ergänzungsgesetze. Aber, meine Herren, die Schiffsahrtsgesetze und der Tarif, das ist das womit man anfangen muss, und es scheint mir, das man nach dem Verfahren des Herrn Handelsministers, um mich trivial auszuzeichnen, den Baum beim Schwanz aufzuklimmen würde. Der Allem handelt es sich um die Sicherstellung der Schiffsahrt und Zollgesetzgebung, und diese, meine Herren, ist nicht möglich, wenn Sie nicht der Zwangsgewalt diejenige Kraft geben, die Sie haben muss, um sich Geltung zu verschaffen nach Außen und den einzelnen Staaten gegenüber. Der Herr Handelsminister hat der Minorität den Vorschlag gemacht, wir hätten den einzelnen Staaten vollvertretende Abtheilungen supportirt; ich bitte, lesen Sie diese Motiven nach und Sie finden darinnen die entscheidende Veranlassung gegen solchen Vorschlag. Wir haben ausdrücklich gesagt, daß wir nicht beschließen, daß irgend ein deutscher Staat so einseitig handeln würde, jetzt Vorschlag hinter den Rücken der Botschaftsgewalt zu schleusen oder zu ändern, welche die Zollvereinheit unmöglich machen. Aber, meine Herren, wir haben nicht zu fragen nach einem Vertrauensvotum, sondern nach der Rechtefrage, wir haben zu bestimmen, daß ein solches Verfahren von Gesetzeswegen verboten sei. Sie werden im ganzen Leben nicht gefunden haben, daß man Kriminalgesetze deshalb nicht erläßt, weil man zu einer Bevölkerung das Vertrauen hat, sie werde kein Kriminalverbrechen begehen. (Auf der Rechten: Oh!) Ja, meine Herren, das ist ganz dasselbe. — Der Herr Minister hat ferner gesagt, daß man von Seiten des Handelsministeriums für zweckmäßig gehalten habe, die Sachverständigen der einzelnen Regierungen zu hören. Meine Herren! Es hat ein Verehrer schon dagegen sich erheben, und ich muß aufs Entschiedenste Dem bestimmen, daß das wahrhaftig nicht der Weg wäre, wie im Geiste der Gegenwart die künftige Zollgesetzgebung vorbereitet wird. Wenn Sie nicht wollen die Sachverständigen aus dem Volke hören, dann, meine Herren, werden die neuen Bestimmungen auf verschärfte Schwierigkeiten stoßen. Sachverständige aus dem Volke, und zwar in jeder Richtung müssen Sie vorladen, damit jede Meinung sich geltend machen kann. — Es ist ferner bemerkt worden, daß die allgemein gehaltene Fassung, die in den Vorlagen des Herrn Handelsministers gemacht ist, nicht anders gegeben werden konnte. Das ist ein sehr schwerer Vorwurf für die acht Mitglieder der Minorität, die eine Interpretation dieser Punkte von ihrem Standpunkte aus für notwendig gehalten haben. Ich will nicht, wie ich Ihnen schon zugesagt habe, auf das Material der Grundzüge heute eingehen, ich will nur eine Thatsache bemerken die uns rechtzertigen dürfte. Als die Vorlage des Herrn Ministers zur Debatte kam im Ausschusse, wo die entscheidenden Gegner in handelspolitischer Hinsicht bekümmert sind, da wurde die Debatte über jeden einzelnen Punkt von den Redner der verschiedenen Parteien gleichmäßig mit den Worten eröffnet: „Ich freue mich, in dem vorliegenden Punkte ganz meine Ansicht niedergelegt zu sehen.“ Wir dagegen, die acht Mitglieder der Minorität, die diese Punkte interpretirt haben, wir sind von Seiten jener Partei den größten Angriffen in der ganzen Tagespresse, wie Ihnen wohl bekannt, ausgesetzt gewesen. Ich glaube aus dieser einfachen Thatsache folgt, daß es wohl möglich war Grundzüge aufzustellen, bei denen Deutschland wider was man es war. — Meine Herren! Ich komme auf einen weiteren Einwurf, der von dem Herrn Minister gemacht werden ist, daß das Gesetz, das wir Ihnen vorgelegt haben, gänzlich unausführbar sei. In Bezug auf das Verhältnis mit Mecklenburg, das der Herr Minister in dieser Beziehung angeführt hat, ist Alles, was er darüber gesagt hat, in der Wahrheit drehelnd; aber daß dadurch die ganze Einleitung der Zollvereinheit unmöglich sei, dafür ist man uns den Beweis schuldig geblieben. Ich verweise in dieser Beziehung nur auf den Vorschlag der gemacht worden ist, daß man im äußersten Falle, wenn der Vertrag mit Frankreich noch stehend ist,

dann eine Binnengrenze zwischen Mecklenburg errichten könnte bis zum Abflusse des Fränkates; wie aber unser Gehörpunkt durch diesen einen Vertrag an sich unausführbar sei, das begreife ich nicht. — Ich habe noch ein paar Bemerkungen zu machen über Das, was das geehrte Mitglied aus Schleswig, Herr Franke, Ihnen über die Frage gesagt hat. Das geehrte Mitglied hat gegen die Tagesordnung sich erklärt und hat eine Rede für die Tagesordnung gehalten. Er hat Ihnen zunächst gesagt, man solle ja nicht nach der Ansicht die vor ihm ausgesprochen worden ist, Enquêtes veranstalten, die Enquêtes, die von Seite unseres Ausschusses ausgeführt worden seien, hätten Heterieit in Deutschland verursacht. Meine Herren! Ich will mich diesen verlegenden und persönlichen Ausprägungen gegenüber ganz still verhalten, und ich kann dies umso mehr, da ich in dem Ausschusse gegen diese schriftlichen Enquêtes gewesen bin, und bei dem Beschlusse darüber in der Minorität war. Aber als einen großen Irrthum muss ich es bezeichnen, als ob man in diesen Enquêtes nicht die Bereitwilligkeit dankbar erkannt habe, die Ansicht aller Sachverständigen vernehmen zu wollen. Insofern, sie haben eine gewisse Art von Heiterkeit verursacht in gewissen Kreisen, wo es vorgekommen ist daß Mitglieder dieses Hauses und dieser (auf die Rechte derer) Seite, die hier auf der äußersten Rechten saßen, nach ihrem Austritte demokratische Versammlungen in Hamburg veranstaltet, wo der ehrbare Hamburger Kaufmann eine Koalition mit den Ultrademokraten versucht und wo jenes Mitglied erklärte: Die Gesellschaft in der Paulistirche taue in der kommerziellen Frage nichts, und man müsse sich deshalb auf die Waffen des Volkes stützen! (Von der Linken: Hört! Hört!) In diesen Kreisen können vielleicht die Enquêtes unwillkommen gewesen sein; aber im Allgemeinen können Sie aus den umfangreichen und sorgfältigen, und in der Regel mit den Ausdrücken der Anerkennung und des Dankes begleiteten Antworten, die aus allen Theilen Deutschlands zu uns gekommen sind, abnehmen, das man die Sache ernst genug genommen hat, nicht lächerlich im Sinne der Herren aus Schleswig. (Bravo im Centrum und auf der Linken.) Meine Herren! Herr Franke, wie überhaupt die übrigen Gegner der Minorität, hat die ökonomische Frage als Fächerstück benutzt, um jeden Schlag nach der kommerziellen Einheit zu pariren. Ich glaube, meine Herren, daß in dieser Beziehung — mit aller Achtung vor demjenigen Mitgliedern des Hauses gesprochen, die diese Ansicht theilen — gelinde gesagt, eine große Selbsttäuschung vorliegt. Man hat nämlich in der letzten Zeit über die Frage der kommerziellen Einheit an sich die speziellen Handelsinteressen der Nordsee- und Ostseeländer, die speziellen Partikulärinteressen einzelner Städte in jenen Provinzen in ihren Begriffen von gewissen Seiten so zu verwickeln und zu verwickeln gesucht, daß dort gerade dieselbe Komödie aufgeführt wird wie 1833, vor dem Anschlusse an den preussischen Zollverband, in Baden, Waden und Württemberg. Damals war auch die öffentliche Meinung — und, meine Herren, ich habe diese Kämpfe damals persönlich mit durchgemacht — von der englischen antideutschen Partei, die heute wieder gegen uns kämpft, so verwirrt worden, daß man in der Zoll- und Handelsvereinheit ein wahres Fegfeuer, eine wahre Mörbegrub, ein wahres Miferere, das größte Unglück für Land und Meer befürchtete; man sagte damals den Leuten gerade so — wie man das heute an den Thüren der Paulistirche wiederholt hat: — Ihre Leute werden unglücklich bis über die Ohren! Seht einmal, der ärmste Mann trägt ein baummoolenes Hemd aus dem Leide, ein solch Stück englisch Hemdenzeug kostet 6 Thaler, und wiegt 8 Pfund, nun soll ein Zoll von 50 Thaler darauf kommen, vom 1. Januar 1834 an also wird dasselbe Stück 10 Thlr. kosten! Das ist gräßlich! Die Verwirrung dieser Begriffe ging so weit, daß damals eine, feillich nicht von Sachverständigen errichtete Kriegergesellschaft auftrat für die Ausrüstung von Baumwollzeugen, die den Kriegernden so viel Gewinn mehr verschaff, als die neuen Zollauslagen sein würden! Wahrlich, meine Herren, wenn im Jahre 1834 die Bewegung im Volke so groß gewesen wäre wie im Jahre 1848, so hätte man mit Gewalt die Schlaghämme aufrecht erhalten, die man damals 1834 zwischen Nord- und Süd-Deutschland niederriß. Die Begriffsverwirrung ging durch alle Klassen gerade eben so, wie jetzt in den Nordseeländern. Aber, was geschah? Damals

vereinigt man sich nicht — man blüht die Vereinigung und die Bollstetigkeit. Wie verwunderte man sich nun im ersten Jahre gleich, daß das Alles gar nicht wahr war. Das Stück Fremdenzoll kostete allerdings erst 1 Thaler mehr; aber im nächsten Jahre war es schon um eben so viel wohlfeiler, und im dritten Jahre wurde es noch billiger als bei der Vereinigung; denn die englischen Kaufleute konnten keinen Vorzugsvorteil mehr wegnehmen und die indischen Fabrikanten überließen ihre Fabrikate unmittelbar den Konsumenten, und so gestaltete sich nach und nach gerade das umgekehrte Verhältnis, so daß die Artikel, vor denen man sich so gefürchtet hatte, immer billiger und billiger wurden, und heute 40 Proz. weniger kosten als damals. Meine Herren! Solche Geschichten sind gespiegelt worden, so lange der Kampf der ungeklärten deutschen Industrie gegenüber dem Auslande existiert, und Sie wissen, daß das bereits eine sehr lange Periode ist! Ich verzichte also den Herren aus den Nordprovinzen, wenn Sie jetzt — erlauben Sie mir — in derselben Richtung befangen sind; ich finde das ganz erklärlich, sie kennen die Verhältnisse nicht! Aber die Thatsache mag ihnen doch nachgedenke von Wichtigkeit sein, daß gerade in Süddeutschland, wo damals ein wahrer Fanatismus gegen den Anschluß war, gerade jetzt der Sitz desjenigen Systems ist, welches wir verheißlich, welches wir haben wollen. — Meine Herren! Es ist also von den in dieser Selbstklärung Befangenen die österreichische Frage als Schild gebraucht worden, um Alles, was zur Förderung der kommerziellen Einheit führt, abzuwehren. Ich muß Ihnen darauf hinweisen, daß ich in keiner Weise unser Verhältnis zu Oesterreich als Hindernis betrachte, und zwar aus zwei Gründen. Einmal kann man Ihnen gar keinen Beweis dafür liefern aus den vielen Eingaben, die uns von dort her zugekommen sind, daß irgend ein Widerspruch von Seite des österreichischen Gewerbestandes gegen den Anschluß an sich vorhanden wäre. Man hat dort ebenfalls wie anderwärts seine Modifikationen, man macht dort ebenfalls seine Bindungen in Form von Wünschen; aber, meine Herren, ich kann Ihnen nur versichern, daß nach der Wiener Resolution, nach all den dortigen Vorgängen, nachdem das Ministerium in Kremsier sein Programm veröffentlicht hat, daß noch immer aus allen Theilen der österreichischen Provinzen Eingaben an den volkswirtschaftlichen Ausschuss antommen, die auf das Unfassende und auf die deliranteste Weise die Fragen des volkswirtschaftlichen Ausschusses, die bereits gestellt hat, beantworteten; die gar nicht begreifen thun, als ob man die materielle Vereinigung an die politische unbedingt fetten müsse. Dann, meine Herren, werden Sie wenigstens glauben, daß es eine Täuschung ist wenn man Ihnen sagt, man wolle sich dort nicht materiell einigen; wenn man meint, daß die Absichten des Volkes nicht feindlich seien, wie die der Regierung. Und ich korrige mich einmal, das Letztere ist der Fall. Bei all den Verzweifeln, bei all den traurigen Zuständen, die wir jetzt wüsten Oesterreich und Deutschland sehen, finden Sie in der Ausweisung des österreichischen Ministeriums in diesem Punkte gerade eher eine Annäherungsmöglichkeit als einen Abstoßungspunkt. (Wiele Stimmen: Sehr wahr!) Darum erlaube ich, meine Herren — erlauben Sie mir dies — bei Demjenigen, die es ehrlich meinen, das Vorstehende der österreichischen Frage für eine Täuschung, und bei Demjenigen die es nicht ehrlich meinen, für einen wichtigen Vorwand, den man benutze, um die ganze Frage auf die Seite zu schieben. (Bravo auf der Linken und im Centrum.) — Ich habe aber nun noch einen zweiten Grund, meine Herren: Es ist nämlich bei der Behandlung der Flüßhülle auf dieser Tribüne von dem Mitgliede, das ich vorhin nannte, das Wort gefallen: es sei ja möglich, daß der ganze deutsche Bundesstaat noch einmal auseinandergehe, es sei mirdehens die Gefahr da. Meine Herren! Ich würde mich freuen, wenn ich diesem Mitgliede mit der innigsten und vollsten Ueberzeugung widersprechen könnte, leider aber kann ich es nicht. (Bewegung.) Aber, meine Herren, wenn ein solches Unglück wirklich über uns hereinbrechen sollte, wenn die Entehrungen des deutschen Volkes, wenn das Alles, was das deutsche Volk im Jahre 1848 zum dritten Male, was das deutsche Volk im französischen Jahre gesehen hat, um seine Stellung zu einzunehmen in der Weltgeschichte, wie sie ihm gebührt, wenn das Alles noch einmal ein Traum, wenn das Alles noch einmal eine bittere, herbe Täuschung gewe-

sen wäre, dann, meine Herren, bin ich doch demungedachtet der Meinung, daß, wenn dieses Gebrauche noch einmal zusammenhängt, es unsere Verpflichtung wäre, aus den Träumen wenigstens Das noch zu retten, was zu retten ist. Und in dieser Beziehung gehe ich weiter, als meine Freunde, welche sich darüber ausgesprochen haben. Ich bin der Ansicht, daß wir für die nächste Zukunft eine bessere, sichere Grundlage allerdings noch gewinnen können, wenn wir, sollte die politische Bitterkeit wirklich abermals über uns kommen, wenigstens die materielle Einheit retten. (Bravo auf der Linken.) Wir dürfen in dieser Beziehung nur einen Blick auf unsere Vergangenheit zurück thun. Wahrschäftig, es ist nicht nötig, die trüben Bilder aufzurollen von Dem, was die Vergangenheit des deutschen Volkes zeigt; aber Eins ist tröstend gemischt: Wenn in den letzten dreißig Jahren irgend etwas Gutes vorhanden war, etwas, was mit den damaligen Zuständen einigermaßen auszuheilen konnte, so war es das große Werk, welches Preußen in dem Zollverbände geschaffen hat (Beifall); darüber wird wol Niemand im Zweifel sein. Allerdings wurde dieses System von der Bäuerlichkeit auf eine schändliche Weise gemißbraucht, es wurden die Grundstücke, welche darin aufgestellt waren, bei der Anwendung dieses Systems in vieler Beziehung geradezu ruiniert. Aber dennoch, meine Herren, was wir materiell Gutes bekommen haben, das haben wir nur durch jene Vereinigung empfangen, und darum frage ich Sie, wollen Sie denn, wenn Sie das Glück des deutschen Volkes rechtlich wünschen, die Lösung der sozialen Fragen immer und nur von der politischen abhängig machen? Ich glaube, daß in dem Augenblicke, wo Sie sich entschließen, eine Wahrheit, aber eine wirksame Wahrheit auszusprechen für die materielle Einheit, Deutschland offenbar einen ungeheuren Schritt vorwärts macht, mehr, als Sie vielleicht ahnen. — Meine Herren! Es liegen Ihnen ferner mehrere Anträge auf motivierte Tagesordnung vor. Ich glaube, es ist Das, was dagegen zu sagen ist, zum größten Theile schon ausgesprochen worden, ich will mich aber doch noch mit einigen kurzen Worten auf die Gründe einlassen, welche diesen Anträgen unterliegen. Man hat Ihnen gesagt, es wäre diese Versammlung nicht dazu berufen, in dieser Weise vorzugehen; es müsse zur Tagesordnung übergegangen werden; die 40,000 Subskribenten, die petirt haben, die Millionen deutscher Arbeiter, die nach Arbeit rufen, und alles Das, was an Handel und Gewerbe hängt, können ja wol und müssen warten, bis die Verfassung vollständig instruiert, erbet und publiziert sei, man werde jetzt also gar keinen Beschluß zu fassen haben. Ich frage nun, was die Herren für Gründe gehabt haben, warum sie nicht auch zur motivierten Tagesordnung übergegangen sind, als es sich darum handelte, 1½ Millionen Gulden für die außerordentlichen Hilfsmittel zu bewilligen, welche erforderlich waren, um überallden Reichthümern zu senden (Scherz); das war auch etwas, was nicht zur Befassung gehört, was über die Kompetenz unserer Versammlung geht, was erst dann hätte stattfinden sollen, wenn das Reichsministerium definitiv eingesetzt war. Ich frage ferner diese Herren, ob sie bei der für nächste Woche bevorstehenden Beratung des Budgets, bei welchem dreißig Millionen vom deutschen Volk verlangt werden, ohne daß das Volk nur einen Kreuzer von seinen Schulden losgeworden ist, auch beabsichtigen, zur Tagesordnung überzugehen? Ich glaube, daß unsere Versammlung nach Ansicht dieser Herren darüber auch nicht kompetent ist, da sie sich nur mit der Befassung beschäftigen soll. Noch mehr aber, meine Herren, haben Sie denn bei anderen Fragen nicht denselben Grundsatß verfolgt, welchen wir Ihnen anrathen, haben Sie sich bei anderen wichtigen Anlässen nicht ebenso verpflichtet gehalten, die sofortige Ausführung ihrer Beschlüsse zu wünschen? Haben Sie nicht den Ausschuss beauftragt, sofort über das Gewerwesen, über die Freizügigkeit, u. s. w. die gefassten Beschlüsse durch Gesetze bergahftig vorzubereiten, daß die betreffenden Artikel sofort nach der zweiten Lesung unverweilt hinaus- und zur Ausführung kommen? Haben Sie nicht das Befehlsgesetz erlassen, selbst unerwartet der zweiten Lesung der Verfassung, welche die allgemeine Gesetzgebung für sechs der Reichsgewalt erklärt? Ist nicht dieses Gesetz hier mit großem Jubel aufgenommen worden? Haben Sie hier also nicht Dasselbe gethan, was wir Ihnen jetzt vorschlagen? Ist nicht ferner j. B. der Punkt in den Grundrechten, welcher die Feudalstaaten betrifft, vom

Ministerium sogar eigenmächtig in die Hände genommen und hinausgeschleudert worden, um dem Volke zu sagen: Das ist euch gesichert, das sollt ihr haben unter allen Umständen. Das Alles haben Sie beschlossen und gut geschrieben, meine Herren, ohne daß es Ihnen eingefallen wäre, die motivirte Tagesordnung zu beantragen, und jetzt in dieser Frage, auf deren Verwirklichung man nun seit acht Monaten von Stunde zu Stunde wartet, wollen Sie wieder das beliebte auf die sogenannte Parliamentsbank Schützen kreuzen, wie man selber dieses Uebergehen nur motivirt Tagesordnung in der Pausette außerhand zu nennen anfängt. — Endlich habe ich noch unfern Entwurf mit wenigen Worten gegen den Einwurf in Schutz zu nehmen, welcher ihm, namentlich von Herrn Franke, gemacht worden ist, daß derselbe nämlich mit der Verfassung durchaus nicht übereinstimme. Es ist ihm freilich Herr Franke den Beweis für diese Behauptung ganz und gar schuldig geblieben. Meine Herren! Unser Gesetzentwurf enthält weiter gar nichts, als die einfache wörtliche Aufnahme derjenigen Bestimmungen in die §§ 1, 2 und 3, wie sie in dem Art. VII. der Verfassung bereits beschlossen sind. Ich begreife also nicht, wo Herr Franke das Abschwebende zwischen beiden gefunden hat. Es sagt ferner Art. IV.: „daß nach Einführung der Zölle den Einzelstaaten verboten sein soll, ferner Einn., Durch- und Aufschußzölle zu erheben, und Zoll- und Handelszölle zu geben.“ Ich mache Sie nun darauf aufmerksam, daß in der Fassung dieser Punkte die bestehenden Verhältnisse sorgfältig beachtet worden sind; es soll keine sofortige Veränderung eintreten, es soll Zeit gelassen werden, die Differenzpunkte auszugleichen, und in der Zolltarif niederzulegen: Allen einzelnen Staaten wird erst dann die Zollgesetzgebung und Zollerhebung unterlagt, wenn der Reichszolltarif von dieser Versammlung angenommen ist. Bis dahin bleibt Alles im jetzigen Zustande. Eine Uebertragung ist in der wichtigsten Frage der Zölle- und Schifffahrtbestimmungen also nicht vorhanden. Die Punkte 5 und 6 endlich sagen Ihnen, daß die Einzelstaaten, allerdings von Erlassung des Gesetzes an nicht mehr berechtigt sein sollen, „sich Schiffahrtverträge, auszusprechen...“ (Wein. Herren). Ich habe in dieser Beziehung schon ausgesprochen, ich nehme gar nicht an, daß die Staaten aus jener Ernennung oder Befürchtung anders handeln würden. Aber, meine Herren, ein Gesetz muß darüber da sein, damit denen, die die Verhältnisse nicht so genau wissen, auch gewährleistet wird, daß nicht z. B. Hamburg hoffen einen Handelsvertrag mit England auf hundert Jahre abschließt, der die Zollfreiheit geradezu unmöglich macht. Wir können ihm das gesetzlich nicht verbieten, und wir müssen erwarten, daß, wenn diese Staaten wirklich den irdischen Willen haben, deutsch zu sein, sie mit Vergnügen dieser Bestimmung sich unterwerfen werden. Sie werden dadurch gesichert gegen jedes Wiedertreten, sie verbieten dadurch, daß sie auch wirklich die Einheit wollen, nicht unter allen Bedingungen, aber redlich und ehrlich. Und, meine Herren, gerade jeder Widerstand, der von dort gegen die Bestimmungen des Gesetzes käme, müßte mit Recht im Volke die Meinung verbreiten, daß der Vorwurf des Gegentritts gegolten wäre, daß man nur spielt mit der Einheit und sie nicht im Ernste meint. — Meine Herren! Ich schreibe mit der bringenden Bitte . . . (Bravo auf der Rechten, auf der Linken beifiger Auf: Ruhe!) Ich schreibe, meine Herren, mit der bringenden Bitte, nehmen Sie den Antrag der Majorität nicht an, diesmal nicht, es geschieht so in der Regel, daß die Majoritätsbeschlüsse fügen. Meine Herren! Die Majorität selbst, wenigstens ihr Berichterstatter, mein verehrter Freund Stahl hat ohnedies in der Motivirung ihrer formellen Anträge, denen wir übrigens, wohlverstanden, auch beitreten, — ich habe mich Anfangs falsch ausgedrückt, wir wollen den Antrag der Majorität, wie ich im Bereiche bemerkt habe, aber zugleich mit unserem Gesetzentwurf, der diese formelle Behandlung der Sache auch dem Volke sicher; — der Herr Berichterstatter, sage ich, hat ohnedies in der Motivirung dieser Antrag in bedeutende Widersprüche mit sich selbst verwickelt. Er hat nämlich gesagt: Man sei deshalb ganz davon abgegangen, Anträge auf Grundzüge zu stellen, weil eine konstituierende Versammlung nicht dazu berufen und kompetent sei. Zugleich aber beantragten die Herren, daß man die Gesetzentwürfe mit den Grundzügen später hier einbringe, daß man sie vorlegen möge, daß man

sie dieser konstituierenden Versammlung vorlegen möge, und dann werden Sie doch in die inkompetente Nothwendigkeit kommen, eben über diese Grundzüge zu debattieren und zu beschließen, es scheint sich also das Eine mit dem Andern in keiner Weise zu vertragen. Meine Herren! Wenn Sie also nur ein einfaches Kommissorium an den Herrn Handelsminister ertheilen wollen, fortzufahren in seinen Gesetzentwürfen, die übrigen, wie wir gehört haben, eigentlich schon fertig sind, und die wir wahrscheinlich in den nächsten Tagen berathen können, wenn Sie das wollen, nun dann, meine Herren, versehen Sie den Hauptpunkt in der Sache, Sie versehen zweierlei, einmal die Sicherheit nach Innen, das Jeder über diese wichtige Frage gehört wird, wie er gehört werden muß, und dann die Sicherheit nach Außen. Das Ausland wird hier abermal sehen, daß wir kein selbstkündiges Volk sein wollen; das Ausland wird hier abermal sehen, daß wir mit allen unsern Flottenbeiträgen keine mächtige Flotte wollen; das Ausland wird abermal sehen, daß wie England und Frankreich gegenüber keine Selbstständigkeit mögen, daß wir den Krieg mit Dänemark wieder herausgeschwören wollen, weil Dänemark uns nicht fürchten wird, weil wir uns zögern zurückziehen vor den Einflüssen der englischen, russischen und französischen Diplomatie, die wider in London sitzt und gegen die Handelsinbit und gegen die kommerzielle Kraft Deutschlands jene naturgemäßen Pläne schmiedet, die sie geschmeidet hat so lange die Geschichte dieser Diplomatie existirt. Wenn Sie das Alles wollen, meine Herren, wozu so stimmen Sie Ihre Majorität bei; wollen Sie aber Europa zeigen, daß der Deutsche endlich erwacht ist, daß er das was er will, auch kann, dann nehmen Sie unsern Gesetzentwurf an! (Stürmischer Beifall auf der Linken und im Centrum.) (Schluß folgt.)

‡ Referat über Zölle, Handelsverträge und Handelskonsulate.

Von Hermann Schupf.

IV.

Handelsverträge und Handelskonsulate.

Mit Differenzialzöllen in genauer Verbindung stehen Handelsverträge und Handelskonsulate.

Die Verträge, welche bis jetzt von Seiten des Zollvereins mit fremden Staaten abgeschlossen wurden, haben sich nur selten des Beifalls des Publikums zu erfreuen gehabt, denn entweder wurde der Zollverein dadurch wirklich schlechter gestellt, oder die verlangten Vortheile waren von geringer oder gar keiner Bedeutung. Die Beweise die darüber erhoben wurden, trafen in diesen Fällen gewöhnlich den Seiten Deutschland kontrahirenden Theil, doch kann Referent nicht ohne Weiteres einstimmen, indem er die eigentliche Ursache in dem mangelhaften Systeme unserer Handelsgesetzgebung zu finden glaubt.

Wer Vortheile erlangen will, muß ebenso große Vortheile dagegen bieten können.

Dies konnten fremde Staaten Deutschland gegenüber, denn sie hatten Differenzialzölle, Deutschland konnte es aber nicht, denn ihm mangelten diese; wir hatten Nichts zu bieten und bekamen daher auch nichts.

Durch Einführung eines Differenzialzollsystems können daher erst die Handelsverträge ihre eigentliche Bedeutung bekommen, denn wir werden dadurch erst mit unserer Gegenwart auf gleichen Fuß gestellt, wir können sagen: so wie Du mir, so ich Dir; gibst Du das, geb ich Dir das.

Eine andere Weise Handelsverträge abzuschließen, könnte noch darin bestehen, daß Deutschland denjenigen transatlantischen Ländern, mit denen es auf gegenseitigen Austausch gegründete Geschäfte treibt, noch Vortheile bei der Einverleibung ihrer Produkte einräumte, die andere Länder nicht genießen; wenn dagegen ähnliche Vortheile an Deutschland gewährt würden.

Deutschland wäre im Stande dies zu thun, denn es hat keine Kolonien, braucht deshalb auch keine Rücksichten zu nehmen, ist an keine andere Politik gebunden als die ist, welche es erspriesslich hält für den Aufschwung seines Handels und seiner Industrie.

Ein solcher Vertrag könnte z. B. stattfinden zwischen Deutsch-land und Brasilien zum Nachtheile der holländischen Kolonien.

Deutschland ist der bedeutendste Abnehmer der Produkte Java's, die holländische Handelsgeellschaft führt davon jährlich für jetzt 48 Mill. Frs. bei uns ein, wir bezahlen darauf an Fracht 6 Mill. Frs., an Affekuranz-Prämie 750,000 Frs., zusammen eine Summe von 54,750,000 Frs. jährlich, indem wir dabei noch 180 Schiffe unter holländischer Flagge beschiffen, diesem Lande also auch noch die direkten Vortheile der Schifffahrt zuwenden. Unser Abfall dahin besteht zum größten Theil aus Rohmaterialien, hauptsächlich Holz, ein Kapital von 6 Mill. Frs. betragend, und können wir nicht erwarten daß dieser Abfall sich vergrößern wird, so lange die holländische Regierung fortfährt, ihre Kolonien auf die seitherige Weise zu regieren.

Hier könnte nun eine Bevorzugung des brasilianischen Kaffees durch niedrige Zölle, unter Einräumung gleicher Bevorzugung für unsere Fabrikate in Brasilien viel bewirken; wir würden entweder in diesem Lande für unsere Industrieprodukte zum Nachtheil englischer Fabrikate einen weiteren Markt eröfnen, oder auch wir würden Holland, das ohne Deutschland gar nicht existiren kann, zur Aufhebung seiner engstirnigen Kolonialpolitik zwingen und so die Aussicht auf ein Tauschgeschäft mit Java gewinnen.

So lange freilich England durch die bekannte Klausel, die es allen seinen Verträgen beifügt, schon im Voraus alle Vortheile in Anspruch nimmt, die irgend ein Staat, mit dem England einen Vertrag geschlossen, einer andern Nation einräumt, können solche Verträge von Deutschland mit Nutzen nicht geschlossen werden; doch auch dies dürfte sich ändern, so bald Deutschland Ernst macht und als selbstständige Nation auftritt; es würde dann als bedeutendster Konsument, namentlich wenn ihm noch eine stattliche Kriegsflotte zur Seite steht, wol das gewichtigste Wort zu sprechen haben, und die Staaten würden sicherlich Anstand nehmen, die eben erwähnte Klausel ihren Kontrakt mit England beizufügen, wenn sie sich durch eine Begünstigung Deutschlands größerer Vortheile verschaffen.

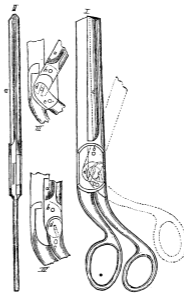
Um uns aber alle Vortheile des ausländischen Handels zu sichern, bedarf Deutschland noch Konsum, die mit Allem was auf Handel und Industrie Bezug hat, vertraut, der deutschen Centralgewalt immer die Mittel und Wege anzuzeigen, die zu einer Erweiterung unseres Verkehrs führen kann.

Die Einrichtungen die seither in dieser Beziehung getroffen worden, sind höchst mangelhaft und entsprechen dem Zwecke der erreicht werden sollte auf keine Weise. Wie, wo es bis jetzt der Fall war, das Amt eines Konsuls in die Hände eines Privatmannes gelegt, der noch ein eigenes Geschäft hat, so wird und muß er dasselbe als eine Nebenache betrachten, er wird es ausüben in seinem eigenen Interesse und seine Berichte und Ansichten werden nie von Parteilichkeit frei sein. Nur ein Mann der ganz frei ist, im Solde der Centralregierung steht, der die genauesten Kenntnisse von deutschen Verhältnissen so wie von den Verhältnissen des Landes hat, wo er für Deutschland wirken soll, der also Sachkenntnis mit Abtheilung und Umficht verbindet, nur ein solcher Mann kann ein solches Amt, so wie es sich gehört, verwalteten. Seine Wirksamkeit müßte darin bestehen, daß er die genauesten Erörterungen über die Handelsverhältnisse seines Bezirks anstellt, so oft als möglich die gegenseitigen Berichte hierüber einleitet, dieselben, wo es nöthig, noch mit Muster, Probestücken u. dergleichen und dabei auch seine Ansicht einleitet, wie der Abfall dieses oder jenes Artikels am besten bewirkt werden kann. Er muß ferner den Bewegungen des Handels im Allgemeinen folgen und darüber häufig berichten; muß, wo ihm ein Handelsvertrag mit Deutschland fernerlich erscheint, hierzu ansetzen und Vorschläge machen, auch muß er, ist er außerhalb Deutschlands, sein Vaterland darn und wann besuchen, sich mit Fabrikanten und Kaufleuten in Verbindung setzen und sich von den Veränderungen der deutschen Industrie unterrichten. Mit einem Worte: er muß alle Mittel gebrauchen, die ein guter und umsichtiger Kaufmann anwendet, dem es um Ausdehnung seines Geschäftes zu thun ist.

Die Anstellung und Besoldung dieser Konsulate würde natürlich vom deutschen Reich geschickt müssen; auch würden die Berichte an die Centralregierung eingeschickt und von dieser an die

einigen Einzelstaaten Deutschlands vertheilt werden, denen dieselben von Interesse sind.

† Ruhig schneidende Scheren.



ist eine Ansicht von der Kante oder der schmälern Seite herein. Fig. III. ist eine Ansicht des Oelens ohne Deckplatte. Fig. IV. ist das geschlossene Oelent. Das obere Blatt a hängt nicht mit dem Griff zusammen und dreht sich auf einem festen Mittelstück b auf dem unteren Blatte. Der Griff dreht sich auf einem ähnlichen Stifte c und hat einen zweiten Stift d, der sich in eine Nut des Blattes a schiebt. Somit, wenn der Griff gebogen wird hebt sich ebenfalls das Blatt und schiebt sich beim Niederdrücken des Griffs giederwärts. Die punktirten Linien zeigen die Bewegung aus der Leichtigkeit. Die obere lose Deckplatte deckt das Oelent, während die beiden Stifte b und c sich in dasselbe einlegen und durch Schrauben die Platte feststellt ist.

Briefliche Mittheilungen

und Auszüge aus Zeitungen.

Zusammenkunft von Zeugdruckerei-Besitzern und Druckern in Leipzig. Eine solche hat im Januar dieses Jahres stattgefunden, und ist von vielen Zeugdruckerei-Besitzern und Druckern aus Sachsen, Preußen und Bayern besucht worden. Die Drucker haben beantragt, daß bei Beschäftigung von Walzendruck-Maschinen und Perotinen, eine entsprechende Anzahl von Handdruckern in Arbeit gehalten werden müßten. — Sie haben sich aber übereingt, daß wenn nach dem vorgezeichneten Maßstabe 40 Drucker auf eine Walze und 25 Drucker auf eine Perotine in Arbeit gehalten werden sollten, es an Druckern überhaupt fehlen würde. Sie sind ferner zu der Einsicht gekommen, daß, da in mehreren Gegenden des Zollvereins Maschinen im Gang sind, die bereits von ihrer Gründung an gar keine Drucker nebenbei beschäftigt haben, eine Maßregel nur schädlich für die Drucker wirken würde, welche das Halten der Maschine verbot; da diese häufig erst Arbeit für eine Woche. Dabingegen ist man übereingekommen, daß in den Städten wo mehr Wurschen als wirkliche Drucker vorhanden sind, wie z. B. in Frankfurt, diese Wurschen sich in die Druckereigenschaft aufzunehmen haben, daß das Annehmen von Druckereihilfen zu beschränken ist, daß gewisse Vereinbarungen in Bezug auf die Verwendung von Rädchen beim Zeugdrucken zu treffen, und alle Kräfte vom Solde wie sie unter verschiedenen Namen noch da und dort vorkommen,

zu vermeiden sind. Alle Maschinen welche eine Verminderung der Drucker berucksichtigen geeignet sind, dürften zu begünstigen sein, obgleich es immer noch eine Menge Artikel im Fach der Zeug-Druckerei geben wird, welche auf Maschinen nicht gefertigt werden können, z. B. Lächer und Woll-Mousseline. Dem Wenden einer Petition Seitens der Drucker an die National-Versammlung hatten die Arbeitgeber natürlich nichts entgegenzusetzen.

Technische Korrespondenz.

Neue Flachschekelmaschine. Eisenberg (Herzogthum Altenburg) am 8. Jan. 1849. Herrn F. G. Wied in Dresden. Ihre werthe Adresse ist mir schon längst rühmlich bekannt, und erlaube ich mir, Ihnen zu eröffnen: daß ich seit 12 Jahren an der Erbauung einer Schekelmaschine für Flachsbearbeitung, welche ich nach vielen Versuchen nach und nach so vervollkommen habe, daß ich mich deshalb veranlaßt fühle, Ihnen meine Erfindung vorzulegen.

Das theoretische Prinzip, wonach ich meine Schekelmaschine gebaut habe, war: „Alle dem Flachse anhängenden fremden Stoffe zur rechten Zeit und vollständig zu entfernen.“ — Dann erst kann die Maschine wie die Handspinnerei den Nutzen darbieten, der der Natur der Flachsfasern nach zu erreichen ist.

Der Flach wird auf die Maschine gelegt in dem rohen Zustande, wie derselbe von der Breche kommt.

In 4 Minuten hat die Maschine 250 Umgänge zu machen. Während dieser Zeit wird 1 Pfd. feinerer gekochter Flach gewonnen, demnach in 1 Stunde 15 Pfund.

Die Maschine liefert durchweg 6 Proz. mehr reinern gekochten Flach und ein feineres und weiches Berg als der beste Handsechler.

Die Maschine, aus drei Theilen bestehend, ist neun Ellen lang, drei Ellen breit, drei Ellen hoch, und kann mit 150 Thaler bezugsfertig werden. Ich beabsichtige das Modell meiner Schekelmachine gegen ein angemessenes Honorar an eine Flach-Spinnerei Deutschlands abzugeben. Auch bin ich gern bereit, Demjenigen, der gesonnen ist mit mir in näherer Unterhandlung zu treten, in mein neues Etablissement für Flachszubereitung einzuführen.

Robert Gäbler.

Technische Musterung.

Ein neuer Fall von Interferenz des Lichtes, nach Prof. Weyl. Den Haupt-Versuch um diese neue Art der Interferenz des Lichts zu bemerken, stellt man an, indem man eine Glasplatte oder irgend einen anderen dichten Körper in ein prismatisches Gefäß stellt, das mit Saffran oder Anilinfarbstoff und Krönung angefüllt ist, so daß er den oberen breiteren Theil des Prismas durchschneidet. Abwärts sieht man das Farbenbild bedeckt mit dunklen Streifen parallel laufend mit der Kante des Prismas, die Zahl und Breite jener Streifen wandelt sich ab nach den refraktiven Eigenschaften der Glasplatte und des Mediums, sowie mit der Dicke der letzteren. Für manche Erscheinungen wurde die Platte eingelegt werden, wie es eben beschrieben ist, aber dem Ende des Farbenbildes zugewandt, wo sie eine Wirkung macht, welche der Polarisation des Lichts ähnlich ist, Fig. 1. Durch diese Zusammenstellung werden aber in vielen Fällen keine Streifen erzeugt; dies zu bewirken eignet sich eine tiefere Einlegung der Glasplatte in das Prisma wie in Fig. 2. Dann erscheinen Streifen.



der Polarisation des Lichts ähnlich ist, Fig. 1. Durch diese Zusammenstellung werden aber in vielen Fällen keine Streifen erzeugt; dies zu bewirken eignet sich eine tiefere Einlegung der Glasplatte in das Prisma wie in Fig. 2. Dann erscheinen Streifen.

Allgemeiner Anzeiger.

13—5]

Für Fabrikanten und Chemiker.

Vorzellanerde, Feldspath, feuerfesten weißen Thon, Graphit jeder Art kann ich im Großen zu billigsten Preisen besorgen, dann auch Graphitgegenstände aller Art, Schmelztiegel die Mark zu 1 Kreuzer, durchbohrte und andere Marmor- und Graphitzylinder u. s. w. Dr. **Waltz** in Passau.

19—10]

Anerbieten.

Ein junger Eisenhüttenmann, im Hohenofen, Feisch-, Hütten-, Puddel- und Mahlwert-Betrieb praktisch ausgebildet, bewandert in der Schwarz- und Weißblechfabrikation, sucht eine Anstellung als Betriebs-Beamtener in einem Eisenhüttenwerk, und hat die besten Zeugnisse aufzuweisen. Anfragen werden frankirt unter der Adresse **E. H. S.** an **F. G. Wied** in Dresden erbeten.

[8] **Wichtige Erfindung für Müller, Fabrikbesitzer und Maschinisten.**

So eben erschienen und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Theoretisch-praktische Anleitung

zur Herstellung eines auf Wasser, Wind, Dampf- und Thiermühlen angewendbaren Potenzwerkes,

wodurch die vorhandene Kraft auf das Zwei- und Dreifache gesteigert, der Gang derselben erleichtert, oder aber das Werk mehr belastet werden kann.

Nebst Darstellung einer horizontalen Windmühle, welche jede vertikale an Wirkung übertrifft.

Herausgegeben von **G. C. Seidemann.**

gr. 8. Preis 20 Ngr.

Gera, im Januar.

Heinsius'sche Buchhandlung.

Verlag von Robert Bamberg.

Leipzig und Chemnitz.

Druck von Dekar Leiner in Leipzig.

[7] Höchst wichtige Schrift für alle Grundbesitzer.

Bei **F. Kubitz** in Eisenach ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben: **Mathes**, Verfassungs-Revisor: Wie kann jeder Grundbesitzer ohne alle Vorkenntnisse und ohne kostspielige Apparate sich in wenigen Stunden in den Stand setzen, den Flächeninhalt seiner Grundstücke mit Zuverlässigkeit selbst zu finden? Eine kurze, leichtfaßliche, auf die einfachsten Prinzipien begründete Messungs-Methode, um den Flächen-Inhalt der Grundstücke zu ermitteln, nach Ermittelung der dazu erforderlichen Rechnungsarten und geometrischen Verträge. Ein nöthwendiges Handbüchlein für jeden Grundbesitzer, für alle Dreischützen, sowie auch als Leitfaden für alle Volksschullehrer, welche ihren Unterricht auf diesen jetzt so nöthigen Zweig des Wissens ausdehnen wollen. Mit 4 Figurentafeln. Preis 16 Ngr.

[11] Bei **D. J. Engels** in Düsseldorf ist erschienen:

Die Zustände der arbeitenden Klasse. Beleuchtet und gezeichnet von einem Proletarier. Ein Beitrag zur sozialen Reform des 19. Jahrhunderts. geb. 8. 5 Bogen, 8 Gr. Vorstehende Broschüre wurde in vielen Blättern als eine gezielte Arbeit bezeichnet.